

Der Ausschuss bittet, folgende Petition für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: S 20-163

Gegenstand: Beschwerde über Öffnungszeiten der Recyclingstation Habenhausen

Begründung:

Der Petent wendet sich gegen die beabsichtigten veränderten Öffnungszeiten des Recyclinghofes in Habenhausen. Sie würden so gekürzt, dass es faktisch einer Beinahe-Schließung nahekäme. Der Recyclinghof sei ganzjährig an allen Wochentagen gut ausgelastet und die Entsorgungsmöglichkeit für mannigfaltig anfallenden Abfall werde in dem bevölkerungsstarken Stadtteil in großen Teilen angenommen. Vor diesem Hintergrund fordert der Petent, eine unnötige Beschneidung der Serviceleistung zu verhindern.

Die Petition wird von 109 Mitzeichner:innen unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingeholt. Außerdem hatte der Petent die Möglichkeit, sein Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die geplante Anpassung des Entsorgungsangebotes der Recycling-Station Habenhausen basiert auf einem von der DBS (Die Bremer Stadtreinigung) erarbeiteten Entwicklungsplan für die Bremer Recycling-Stationen bis zum Jahr 2024. Mit der Zielsetzung, die Abfallentsorgung über das sogenannte „Bringsystem“ wirtschaftlich, bürgerfreundlich und umweltverträglich zu entwickeln, sind verschiedene Alternativen betrachtet worden. Auf Basis einer Analyse der Trends von Wertstoffhöfen in den 30 größten deutschen Städten und des Vergleichs der Alternativen ist der vorgenannte Entwicklungsplan entstanden, der eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Serviceorientierung auf den Recycling-Stationen vorsieht. Vor einer Umsetzung des Konzepts wurden die Beiräte informiert und um Stellungnahmen gebeten.

Bei der Recycling-Station Obervieland handelt es sich um eine flächenmäßig kleine Station (1.400 m²). Der Platz ist nicht befestigt, sodass es im Sommer zu einem erheblichen Staubproblem kommt. Bei Dauerregen wird der Platz zudem schnell matschig. Aufgrund einer komplizierten Pachtsituation (DBS ist nur Unterpächter mit kurzer Laufzeit) ist eine Platzbefestigung wirtschaftlich nicht darstellbar. Die Station verfügt nicht über eine Kontrollstation im Eingangsbereich. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse in der Einfahrt, die gleichzeitig auch die Ausfahrt darstellt, ist die Nachrüstung mit einer Eingangskontrolle nicht möglich. Zur Sicherstellung arbeitsschutz-rechtlicher Anforderungen an die Arbeitsstätte findet aktuell die Aufstellung neuer Sozialcontainer im straßenseitigen Bereich der Station statt.

Dem Wunsch nach Aufrechterhaltung der bisherigen Öffnungszeiten könne nach Meinung des zuständigen Ressorts vor dem Hintergrund einer quantitativen Erhebung nicht entsprochen werden. Für die Grünabfallmengen (ca. 2.000 Jahrestonnen) wird jedoch weiterhin eine Abgabemöglichkeit in Obervieland bestehen bleiben. Die Öffnungszeiten sind laut Umweltressort gemäß dem mengenmäßigen und jahreszeitlichen Anfall der Grünabfälle angemessen. Die Grünabfallabgabe ist weiterhin an drei von sechs Werktagen möglich. Die Zwischenlagerungsdauer von Grünabfällen auf den Grundstücken hält sich damit in einem sehr überschaubaren Rahmen. Durch die Öffnung an den Samstagen ist auch den Berufstätigen die Abgabe von Grünabfällen in Obervieland möglich. Bürger:innen, die einen schnelleren Entsorgungswunsch haben, können jederzeit auf die neuen modernen Recycling-Stationen ausweichen. Der jahreszeitliche Verlauf der Anlieferung rechtfertigt auch die Schließung der Station in den Monaten Dezember bis Februar.

Aufgrund der vielen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens geäußerten Änderungswünsche wurde vereinbart, das Thema in einer Verhandlungsgruppe - bestehend aus Vertreter:innen der Beirätekonferenz, Staatsrat Herrn Meyer und DBS-Vorstand - weiter zu behandeln und gemeinsam konstruktiv nach Kompromisslösungen zu suchen. In der Folge hat die Beirätekonferenz den finalen Kompromissvorschlag befürwortet, den zuvor die Verhandlungsgruppe erarbeitet hatte. Danach wird es nachfolgende Anpassungen im Entwicklungsplan geben:

1. Zusätzliche Annahme von Metallen

Die Recycling-Stationen Aumund, Findorff, Hemelingen, Horn, Huchting, Obervieland und Oslebshausen werden sich zukünftig auf die Annahme von Grünabfällen und Metallen spezialisieren. Zusätzlich werden Glas, Textilien und kleine Elektrogeräte auf oder an den Stationen angenommen (Containerplatz). Dazu werden unter Berücksichtigung der baulichen Rahmenbedingungen individuelle Lösungen mit den jeweiligen Beiräten getroffen. Weiterhin werden auf den Standorten Gelbe Säcke ausgegeben.

2. Umstellungstermine

Die Umstellung der Recycling-Stationen Aumund, Findorff, Hemelingen, Horn, Huchting und Oslebshausen zur Grün-Station soll zum Jahresanfang 2022 erfolgen. Die Umstellung wird nicht bei allen Recycling-Stationen direkt zum 01.01.2022 erfolgen und es werden geplante Baumaßnahmen auf Nachbarstationen abgewartet. Der Betrieb der Recycling-Station Obervieland wird zunächst bis zum 30.06.2023 unverändert fortgeführt.

3. Zusätzlicher Öffnungstag und Nachmittagsöffnung

Die Öffnungszeiten der Grün-Stationen werden von drei auf vier Tage erweitert. Ein Öffnungstag mit Nachmittagsöffnung wird etabliert. Die Grün-Stationen haben nachfolgende Öffnungszeiten:

- Montag und Freitag von 9:00 bis 14:00 Uhr
- Dienstag und Mittwoch geschlossen
- Donnerstag von 14:00 bis 19:00 Uhr
- Samstag von 9:00 bis 14:00 Uhr

4. Verkürzte Winterschließzeit

Die Winterschließzeit wird von zwölf auf acht Wochen verkürzt und die Grün-Stationen sind von Mitte Dezember bis Mitte Februar geschlossen.

5. Einrichtung einer begleitenden Arbeitsgruppe

Die Umstellung der Recycling-Stationen wird für die Dauer von einem Jahr durch eine Arbeitsgruppe begleitet (z.B. im Hinblick auf Umsetzungsschritte, Kund:innenakzeptanz, Verkehrsströme und abfallwirtschaftliche Auswirkungen). Mitglieder der Arbeitsgruppe sind zwei Vertreter der DBS sowie drei Vertreter:innen der Beiräte. Die Vertreter:innen der Beiräte werden von der Beirätekonferenz benannt.

Der Ausschuss begrüßt den gemeinsam erarbeiteten Kompromiss und erklärt die Petition vor diesem Hintergrund als erledigt.